

Landtag im Fokus

Informationen aus Düsseldorf
für unseren Kreis Kleve



Margret Voßeler Mdl

www.margret-vosseler.de
www.facebook.com/margret.vosseler



Dr. Günther Bergmann Mdl

www.guentherbergmann.de
www.facebook.com/drguentherbergmann

- **Armin Laschet neuer Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion**
- **Landeshaushalt: Rot-Grün macht weiter Schulden**
- **Kommunal-Soli beschlossen: Rabenschwarzer Tag besonders auch für Straelen**
- **CDU fordert echte Wahlfreiheit bei Förderschulen**
- **Rot-Grün muss Schulsozialarbeit sichern**
- **Landesentwicklungsplan beschneidet kommunale Gestaltungsfähigkeit**
- **CDU will Alltagskompetenzen der Schüler stärken**
- **Rot-grüne Jagdrechtsnovelle ist nachzubessern**
- **Lebensmittelkontrolle: Rot-Grün plant Anschlag auf kommunale Selbstverwaltung**
- **Rot-Grün streicht bei Denkmalförderung**
- **Rot-Grün gegen heimische Weihnachtsbäume**

Armin Laschet neuer Vorsitzender der Landtagsfraktion

Die CDU-Landtagsfraktion wählte Armin Laschet in einer Sondersitzung zu ihrem neuen Vorsitzenden. Der CDU-Landesvorsitzende erhielt 64 Ja-Stimmen bei zwei Enthaltungen. Der 52-jährige Aachener tritt damit die Nachfolge von Karl-Josef Laumann an, der auf Wunsch von Bundeskanzlerin Angela Merkel der neuen Bundesregierung als Bevollmächtigter für Patienten und Pflege angehört wird.

Laschet dankte seinem Vorgänger für dessen hervorragende Arbeit, auf der er weiter aufbauen könne. Dass sich die Kanzlerin so um seine Dienste bemüht hat, zeige, welchen persönlichen und politischen Stellenwert er innerhalb der CDU genieße.

Landeshaushalt: Rot-Grün macht weiter Schulden

Mit den Stimmen von Rot-Grün wurde nun der Haushalt 2014 im Landtag beschlossen. Bei einem Haushaltsvolumen von über 62 Mio. Euro will Rot-Grün erneut 2,4 Mrd. Euro Schulden in den nächsten zwölf Monaten machen. Damit steigt der Schuldenstand unseres Landes NRW auf über 138 Mrd. Euro. Allein für Zinsen müssen die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes im nächsten Jahr 3,7 Mrd. Euro aufwenden. Für die Personalkosten der über 440.000 Bediensteten auf Landesebene sind über 40% des Haushaltsvolumens notwendig. Die Landtagsfraktion hatte einen ganzen Katalog von Einsparmöglichkeiten ins Parlament eingebracht, der

knapp eine Milliarde Minderausgaben bereits im Jahr 2014 zur Folge gehabt hätte. – Leider lehnten die regierungstragenden Fraktionen diese konstruktiven Vorschläge einfach ab.

Übrigens: Die Wirtschaftsleistung von NRW mit seinen 17,5 Mio. Einwohnern entspricht ungefähr der unseres Nachbarlandes Niederlande.

Kommunal-Soli beschlossen: Rabenschwarzer Tag besonders auch für Straelen

Mit den Stimmen von SPD und Grünen führte der Landtag den Kommunal-Soli ein. Damit muss Straelen im nächsten Jahr eine Zwangsabgabe in Höhe von mehr als 4 Mio. Euro zahlen. Auch Wachtendonk wird mehr zur Kasse gebeten. Mit dem Kommunal-Soli zerstört Rot-Grün die gelebte Solidari-

tät unter den Städten und Gemeinden. Rot-Grün hat das Gesetz gegen die massiven, auch verfassungsrechtlichen Bedenken der Betroffenen und Experten regelrecht durchgepeitscht.

Die Konsequenzen sind verheerend: Die betroffenen Städte und Gemeinden müssen in den nächsten Jahren insgesamt rund 780 Mio. Euro als Strafe dafür zahlen, dass sie solide wirtschaften. Gemeinsam mit hunderten Betroffenen aus den Städten und Gemeinden, die die Zwangsumlage zahlen müssen, haben rund hundert Straelener am Morgen vor der abschließenden Beratung vor dem NRW-Landtag gegen das rot-grüne Gesetz demonstriert. Die Kommunen müssen über den Abzug im kommunalen Finanzausgleich und den Soli die Mogelpackung Stärkungspakt mit fast 1,8 Mrd. Euro finanzieren. Durch die gemeinsamen Protestaktionen konnte die ursprünglich geplante Höhe der Zwangsumlage reduziert werden. Gleichwohl ist das Prinzip falsch.

CDU fordert echte Wahlfreiheit bei Förderschulen

Ein flächendeckender Fortbestand von Förderschulen ist für die Wahlfreiheit der Eltern unerlässlich. Darauf hat die CDU-Landtagsfraktion immer hingewiesen. Nach dem katastrophalen ersten Entwurf der Mindestgrößenverordnung war

flächendeckend der Bestand der Förderschulen in NRW gefährdet. Die jetzt schon teilweise langen Fahrtwege für Kinder mit schweren körperlichen Behinderungen wären unzumutbar verlängert worden. Die Qualität der sonderpädagogischen Förderung, insbesondere in den Förderschwerpunkten Sehen, Hören und Kommunikation, war massiv gefährdet. Die Schulen standen vor dem Aus.

Nach den massiven Protesten von Eltern, Lehrerverbänden und der CDU-Fraktion, die auch in der Anhörung geäußert wurden, hat Ministerin Löhrmann den Entwurf zurückziehen und neu aushandeln müssen. So wurde erreicht, dass durch eine veränderte Anrechnung der Schülerinnen und Schüler besonders der Bestand von Förderschulen für die Bereiche Hören, Kommunikation und Sehen gesichert ist. Qualitätsstandards können durch das Fortbestehen der fachlichen Anbindung der Pädagoginnen und Pädagogen an die Förderschulen erhalten bleiben.

Die vorgelegte Verordnung ist nicht ausreichend. Besonders die Zukunft der Förderschulen Lernen und Sprache ist ungewiss. Es ist fraglich, ob ein echtes Elternwahlrecht möglich bleibt.

Rot-Grün muss Schulsozialarbeit sichern

Die CDU-Landtagsfraktion fordert die rot-grüne Landesregie-

rung auf, die Schulsozialarbeit in NRW dauerhaft zu sichern. 1.400 Schulsozialarbeiter arbeiten derzeit in NRW, deren Stelle vom Bund aus dem Bildungs- und Teilhabepaket finanziert wird und auf zwei Jahre begrenzt ist. Gedacht war die Finanzierung von Anfang an nur als Anschubhilfe. Nun sollen die Stellen wegfallen. Das Land lehnt die Übernahme der Kosten ab, die Kommunen sehen sich angesichts ihrer oft dramatisch knappen Kassen nicht in der Lage zu zahlen.

Der Bund hat seine Hausaufgaben gemacht: Wie nun aus einem Schreiben von Sozialminister Schneider hervorgeht, stehen den Kommunen im Jahr 2014 noch mehr als 121 Mio. Euro aus Restmitteln der vergangenen Jahre für die Schulsozialarbeit zur Verfügung. Damit hat Berlin seine für die Jahre 2011 bis 2013 gemachte Zusage der Anschubfinanzierung mehr als erfüllt. Rot-Grün muss endlich aufhören, ständig planlos nach dem Bund zu rufen, sondern selbst seine Verantwortung für die Kinder und Jugendlichen in NRW übernehmen.

Landesentwicklungsplan beschneidet kommunale Gestaltungsfähigkeit

Die CDU-Landtagsfraktion lehnt den rot-grünen Entwurf eines neuen Landesentwicklungsplans (LEP) ab. Dieser soll die Ziele und Grundsätze der Lan-

desplanung, die bisher in unterschiedlichen Regelwerken enthalten sind zusammenführen und für die kommenden 15 Jahre die räumliche und strukturelle Gesamtentwicklung des Landes festlegen.

Wenn dieser LEP so Rechtskraft erlangt, existiert das Königsrecht des Rates auf kommunale Bauleitplanung nur noch auf dem Papier. Die Gemeinderäte brauchen weiterhin Spielräume, um die innere Entwicklung einer Gemeinde noch tatsächlich selbst steuern zu können. Dies ist mit dem LEP-Entwurf und bei den Vorschlägen zum Flächenverbrauch, vor allem im ländlichen Bereich, nicht mehr möglich. Die Betonung, dass Ausweisungen von Siedlungs- und Gewerbebereichen laut Entwurf nur noch in ländlichen Bereichen erfolgen können, wenn Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum zusammen kommen, hätte fatale Wirkung auch für den Kreis Kleve. Des Weiteren erschweren die Festlegungen zur Rücknahme von Siedlungsflächen, zur raumordnerischen Verbindlichkeit von Regelungen des zukünftigen Klimaschutzplans sowie zum Ausbau der Windenergie eine eigenverantwortliche und selbstbestimmte Entwicklung der Kommunen. Die CDU plant für Februar/März 2014 ein Werkstattgespräch für Kommunalpolitiker zum Thema „LEP“ im Landtag.

CDU will Alltagskompetenzen der Schüler stärken

Die CDU-Landtagsfraktion fordert ein besseres Rüstzeug für Schülerinnen und Schüler beim Umgang mit Geld, dem Internet und in Sachen Ernährung. Kinder und Jugendliche sind die Verbraucher von morgen. Die Vermittlung sogenannter „Alltagskompetenzen“ muss möglichst flächendeckend in den Unterricht integriert werden. Angesichts der Tatsache, dass ein Teil der Jugendlichen bereits mit Schulden zu kämpfen habe, ist dabei insbesondere das Thema Finanzen wichtig.

Vor diesem Hintergrund kritisiert die CDU-Fraktion, dass es bislang keinen ganzheitlichen Ansatz der schulischen Verbraucherbildung gibt. Einzelprojekte (Schulmilchprogramm, EU-Schulobstprogramm, aid-Ernährungsführerschein) den u.a. die Landfrauen an Schulen in NRW umsetzen, sind sinnvoll. Derartige Projekte können jedoch nur eine wichtige Komponente in der schulischen Bildungsarbeit darstellen.

Die CDU-Fraktion unterstützt die Forderung der Eltern nach praktischer Ernährungsbildung für ihre Schulkinder. Es ist sinnvoll, neben einer fächerübergreifenden Integration der Verbraucherbildung in die Lehrpläne ein Fach „Wirtschaft und Verbraucherbildung“ in der Sekundarstufe I als Wahlpflichtfach anzubieten.

Rot-grüne Jagdrechtsnovelle ist nachzubessern

Aus Sicht der CDU muss das von der rot-grünen Landesregierung vorgelegte Gesetz zur Änderung des Landesjagdgesetzes dringend nachgebessert werden. In der jetzigen Form ist es verfassungswidrig. Das hat die Expertenanhörung im Landtag klar gezeigt. Die geplante Novelle ist ein ideologisch motivierter Versuch, in die gute fachliche Praxis der Jäger einzugreifen. Nahezu alle geladenen Sachverständigen sind sich einig gewesen, dass die Vergabe der Fördermittel aus der Jagdabgabe transparent und für die Praxis nachvollziehbar umgesetzt werden müsse. Diesem Anspruch wird der Gesetzentwurf in keiner Weise gerecht. Auch fehlt in dem Gesetzentwurf eine Begründung, warum die Aufgaben der Forschungsstelle auf das Landesamt für Umwelt- und Naturschutz (LANUV) übertragen werden sollen.

Das alles passt in die Strategie des Ministers, die Jagd zu erschweren und in Misskredit zu bringen. Zudem will er sich über das ihm unterstehende LANUV den Zugriff auf die 3,2 Mio. Euro schwere Jagdabgabe sichern, die ausschließlich von den Jägern aufgebracht wird. Als Zwangsabgabe sind diese Mittel ausschließlich für Zwecke einzusetzen, die der Jagd dienen wie die Ausbildung der Jäger.

Lebensmittelkontrolle: Rot-Grün plant Anschlag auf kommunale Selbstverwaltung

Die CDU-Landtagsfraktion kritisiert die Pläne von Verbraucherschutzminister Rimmel, die Lebensmittelüberwachung in NRW zentral unter seine Kontrolle zu stellen. Rot-Grün plant damit erneut einen Anschlag auf die kommunale Selbstverwaltung. Unverhohlen befeuert Rimmel das Vorurteil, die Städte und Gemeinden würden nur Kontrollen nach Kassenlage machen. Nach Ansicht des Landkreistags verbreitet er falsche Zahlen, um künstlich ein Defizit an Lebensmittelkontrolleuren zu errechnen. Der Minister versucht, die gute Arbeit der Behörden auch im Kreis Kleve bewusst schlechtzureden. Das ist ein ungeheuerlicher Vorgang, mit dem die Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger billigend in Kauf genommen wird.

Der Minister will seinen Zentralisierungswahn von mittelständischen Unternehmen finanzieren lassen. Selbst wenn sich ein Unternehmen einwandfrei verhält, soll es künftig zur Kasse gebeten werden. Das ist absurd. Den Kommunen bringt das keinerlei Kostenentlastung. Die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Wirtschaft müssen dagegen kräftig draufzahlen.

Das bestehende System der Lebensmittelkontrolle funktio-

niert grundsätzlich gut. Das haben die Experten in der Landtagsanhörung bestätigt. Dort, wo es nötig ist, können Veränderungen auch im Rahmen der derzeit geltenden Regelungen vorgenommen werden. Die CDU-Landtagsfraktion fordert, dass die Verzahnung und Abstimmung der Lebensmittelkontrolle vor Ort stattfinden – und nicht von oben herab verordnet werden.

Rot-Grün streicht bei Denkmalförderung

Die CDU-Landtagsfraktion übt massive Kritik daran, dass SPD und Grüne an ihren Mittelkürzungen im Denkmalschutz festhalten. Rot-Grün verspielt leichtfertig das kulturelle Erbe unseres Landes. Das ist vollkommen inakzeptabel.

Die rot-grüne Landesregierung blockiert auf diese Art und Weise das großartige Engagement der vielen ehrenamtlich in der Denkmalpflege und der Bodendenkmalpflege Tätigen. In der Landesverfassung ist verankert, dass „die Denkmäler der Kunst, der Geschichte und der Kultur, die Landschaft und Naturdenkmale unter dem Schutz des Landes“ stehen. Rot-Grün schert sich darum kein bisschen und lässt die Betroffenen im Stich.

Rot-Grün gegen heimische Weihnachtsbäume

SPD und Grüne haben im Landtag das Gesetz zur massiven

Einschränkung des Weihnachtsbaumanbaus beschlossen. Das ist nicht nur kulturvergesen, sondern erneuter Ausdrück der rot-grünen Verbotsideologie. Vor allem aber trägt die Änderung des Landesforstgesetzes nichts zum notwendigen Umwelt- und Klimaschutz bei: Der qualitativ hochwertige Weihnachtsbaum aus den NRW-Wäldern soll nach dem Willen von SPD und Grünen verschwinden. Stattdessen müssen die Bäume über lange Transportwege beispielsweise aus Finnland importiert werden. Zudem haben andere Länder oft geringere Umweltstandards.

Gegen jede Vernunft hat die Landesregierung den Dialog mit den Weihnachtsbaumbauern abgebrochen. Die Waldbauern haben von sich aus eine kontrollierte Selbstverpflichtung für eine Ökologisierung des Anbaus angeboten. Dieses Angebot hat Rot-Grün grundlos ausgeschlagen. Die Konsequenzen sind verheerend: Der Mehrheit der rund 600 NRW-Anbaubetriebe droht spätestens 2028 die Schließung. Die CDU unterstützt dagegen die angebotene Selbstverpflichtung bei gleichzeitigem Bestandsschutz für bereits vorhandene Weihnachtsbaumanbauflächen. Der heimische Anbau in einem verträglichen Umfang ist ein integraler Bestandteil der vielfältigen Waldbewirtschaftung.